

Umbrüchen reichen Zeitraums bis zum Beginn des »Großen Vaterländischen Krieges« etwas dürftig aus. Der entscheidende Prozeß der Bürokratisierung der Partei wird lediglich mit einem in deutscher Fassung leicht zugänglichen Dokument aus dem Jahr 1921 belegt. Die Parteisäuberungen der Jahre 1933/34 erhalten in nur wenigen Dokumenten Beachtung, während die Kollektivierung keine Erwähnung findet.

Im ganzen ist die Edition jedoch als verdienstvoll zu bewerten. Die Herausgeber haben eine große Zahl schwer zugänglicher Dokumente einer Leserschaft zur Verfügung gestellt, die der russischen Sprache nicht mächtig ist, auch wenn durch die Öffnung russischer Archive neu ans Tageslicht gelangte Materialien nicht mehr berücksichtigt werden konnten.

Das im Klappentext als Leserkreis avisierte breitere, politisch interessierte Publikum wird allerdings ebenso wie Studenten, denen der Band als Grundlage ihrer Beschäftigung mit der sowjetischen Geschichte dienen soll, aufgrund des hohen Preises wohl in nicht unbeträchtlicher Zahl von einem Kauf Abstand nehmen müssen.

*Andreas Grenzer, Bremen*

Michael Jakobson, *Origins of the Gulag. The Soviet Prison Camp System 1917–1934.* The University Press of Kentucky, Lexington/Kentucky 1993, XIV + 176 S., geb., 28 \$.

In Gesamtdarstellungen und Memoiren zur Geschichte des Systems der sowjetischen Konzentrations- und Zwangsarbeitslager finden sich nur vage Andeutungen über ihre Verwaltung. Der Autor hat sich die Untersuchung dieser Frage vorgenommen, dies allerdings unter Verzicht auf die Konsultation sowjetischer Archive und mit nur geringer Berücksichtigung der neueren Literatur zum Thema. Die Monographie ist dennoch nützlich, da sie mit der Auswertung des bereits seit den 1920er Jahren publizierten Materials trotz aller Wissenslücken die wesentlichen Züge der Organisationsgeschichte des sowjetischen Strafsystems zu rekonstruieren vermag. Dies hätte manchen älteren Diskussionen um die sowjetischen Lager durchaus gut getan. Die Studie kommt allerdings zu früh, da sie durch die nächste Publikation, die sich auf sowjetische Archivalien stützt, überholt sein wird.

Der Verfasser unterscheidet vier Phasen: 1. 1917 bis 1922, als in der Hauptsache die Volkskommissariate für Justiz und Inneres (NKJu und NKWD), lokale Machthaber und Organe sowie vor allem die Tscheka (Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution und Sabotage) sich dieser Aufgabe widmeten. 2. 1922 bis 1930, als das NKWD für die Mehrzahl der Haftorte zuständig war, aber die 1923 als Ersatz für die Tscheka geschaffene Allunionsbehörde, die OGPU (Vereinigte Staatliche Politische Verwaltung), sich ein wachsendes Lagerimperium schuf. 3. 1930 bis 1934, als das NKWD zwar aufgelöst wurde und das NKJu seine Kompetenzen übernahm, aber die OGPU ihre Position ausbauen konnte, und schließlich 4. seit 1934, als das NKWD wieder errichtet wurde, sich die OGPU einverleibte und seit 1937 eine einheitliche Lagerverwaltung GUITLTP (Hauptverwaltung der Arbeitsbesserungslager und Arbeitsansiedlungen) errichtete, die unter dem »populären« Namen des Gulag berüchtigt wurde und bis zum Tode Stalins existierte.

Die erste Phase war gekennzeichnet durch den Zerfall der alten Institutionen aus der Zarenzeit und ein verworrenes Nebeneinander konkurrierender Instanzen mit ihrer revolutionären Willkürjustiz, die den Namen »Justiz« kaum verdient. Diese Phase erweist sich als Geschichte der Etablierung zentraler Organe mit nur geringer Fähigkeit, sich vor Ort durchzusetzen. Daher waren alle Proklamationen von einer neuen Strafpolitik

in Erwartung des Verschwindens von Kriminalität unter sozialistischen Bedingungen das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben wurden. In der Praxis bestimmten Hunger und Not sowie Willkür und Korruption die Bedingungen in Gefängnissen und Lagern. Größere organisatorische Kompetenz bewies die von Anfang an materiell bevorzugt ausgestattete Tscheka und das NKWD, welche die Durchsetzung des »Roten Terrors« mit dem Aufbau von Konzentrations- und Zwangsarbeitslagern für »Konterrevolutionäre« aller Art verbanden. Schon in dieser frühen Phase entstanden vor allem in Karelien und am Eismeer jene berüchtigten Lager, deren Insassen kaum Überlebenschancen besaßen. Angesichts der materiellen Not wurden von Anfang an grundlegende Reformideen, welche die Bolschewiki proklamierten, pervertiert: Es waren dies die Idee der Resozialisierung, in zeitgenössischer Sprache, die der »Umerziehung« durch Arbeit, und die der Selbstfinanzierung der Gefängnisse und Lager durch »Produktivierung« ihrer Insassen. Beides lief faktisch auf Unterfinanzierung der Haftanstalten und auf extreme Ausbeutung hinaus, besonders in den Lagern der Tscheka.

Auch in der zweiten Phase, so der Autor, habe sich die OGPU als effektiver als das für die Mehrzahl der Haftorte zuständige NKWD erwiesen. Die Tscheka realisierte »Reformideen«, die von Juristen in den Kommissariaten für Justiz oder Inneres entwickelt worden waren. Hierzu zählte u. a. die Idee, durch Zwangsarbeit ohne Haft und durch Lohnabzüge bei dieser Kategorie von Verurteilten die Gefängnisse und Lager, spätestens seit der Kollektivierung ohnehin überfüllt, zu finanzieren. Immerhin wurden zu Beginn der 1930er Jahre zwischen 30 bis 50 Prozent der Straffälligen zu Zwangsarbeit ohne Haft verurteilt, und die Hauptverwaltung für Haftorte (GUMZ) im NKJu finanzierte sich 1931 fast zur Hälfte aus den Lohnabzügen dieser Kategorie (S. 98). Als ebenso fatal erwies sich der Vorschlag, Gefängnisse und Lager in den Fünfjahrplan zu integrieren und Häftlingsarbeit zu »stimulieren«, indem eine Korrelation zwischen Essenszuteilung und Arbeitsnorm eingeführt wurde. Die mit der Zwangskollektivierung deportierten Bauern und andere »sozial fremde« und »gefährliche« Elemente konnten auf diese Weise an den nun entstehenden Großbaustellen, für die freie Arbeitskräfte kaum zu gewinnen waren, untergebracht, »umerzogen«, unauffällig durch Arbeit und Hunger ermordet und – was aus der Sicht der Verwaltungen wohl entscheidend war – kostengünstig ausgenutzt werden. Diese sich um 1930 durchsetzenden Prinzipien der Umerziehung und Leistungsnormen mit faktisch permanenter Unterernährung der Häftlinge sind von den folgenden administrativen Reorganisationen kaum berührt worden. In der Auflösung der OGPU 1934 und der Integration ihres Lagerapparates in das wieder neu errichtete Volkskommissariat für Inneres (NKWD) sieht der Verfasser den vergeblichen Versuch der Gemäßigten in der politischen Führung (Kirow, Kujbyschew, Ordshonikidse), das in der OGPU verkörperte Gewalt- und Willkürsystem in seine Schranken zu verweisen (S. 137 f.). Das NKWD aber baute in der Folgezeit sein Imperium weiter aus. Es gelang sogar, der neuen Lagerverwaltung bis dahin relativ selbständige Lagerzonen wie die wirtschaftlich so bedeutsame Kolyma-Region (Goldgewinnung) zu unterwerfen. Zwangsarbeit und Lager waren damit zum konstitutiven Bestandteil des Stalinsystems geworden.

Das Verdienst der vorliegenden Arbeit liegt darin, die Entstehung dieser mörderischen Ordnung transparenter gemacht zu haben. Aus der Perspektive einer Organisationsgeschichte erweist sich die Entstehung der Zwangsarbeit als »banal« (S. 143), banal in dem Sinne, daß sie zu einem erheblichen Teil bestimmt wurde durch die Rivalität von Behörden, durch ihre amoralische Sicht auf die Gefangenen als Verfügungsmasse, welche nutzbringend, billig – und die übrige Bevölkerung einschüchternd – für den Aufbau des Sozialismus und die Industrialisierung eingesetzt werden konnte. Die ständige Unterlegenheit des Volkskommissariats für Justiz gegenüber der Tscheka, der OGPU sowie dem NKWD-GUITLTP dürfte damit zusammenhängen, daß die Zwangsapparate begierig dar-

auf waren, mit dem Gewaltmonopol auch ökonomische Ressourcen zu horten, die ihrer Machtentfaltung zugute kamen. Diesen Überlegungen geht der Autor nicht weiter nach.

Die schon alte Diskussion<sup>1</sup> um die »Rentabilität« von Zwangsarbeit korrigiert der Verfasser insofern, als er belegen kann, daß sich ihre angebliche Selbstfinanzierung bis Mitte der 1930er Jahre im wesentlichen auf Zwangsarbeit ohne Inhaftierung stützte, während die Lager selbst – vielleicht mit Ausnahme jener, die in den Regionen der Forstwirtschaft und Goldgewinnung errichtet worden waren – kaum je ihre Pläne erfüllt und sicher nicht »profitabel« gearbeitet haben dürften (S. 106). Dabei bleibt die Frage offen, ob Grade der (Nicht-)Planerfüllung etwas mit Rentabilität zu tun haben, von den moralischen Aspekten ganz zu schweigen.

In der Arbeit finden sich immer wieder Angaben über die Anzahl der Inhaftierten. Für die Zeit bis Anfang der 1930er Jahre stützt sich der Verfasser auf zeitgenössische Angaben, zumeist aus sowjetischen Publikationen. Für die Zeit danach werden die Zahlen und die Quellenangaben allerdings immer dubioser (so insb. S. 106, S. 129 ff.). Hierbei werden weder die Diskussionen unter amerikanischen Experten zu Beginn der 1980er Jahre, noch neuere Angaben aus sowjetischer Quelle berücksichtigt.<sup>2</sup> Kurz: Die an sich wichtige Monographie, vermutlich verfaßt zu Ende der 1970er oder zu Beginn der 1980er Jahre, ist zu einem unglücklichen Zeitpunkt erschienen. *Dietrich Beyrau, Tübingen*

Martin Baumeister, Arme »campesinos«. Überleben und Widerstand in der Extremadura 1880–1923, Duncker & Humblot Verlag, Berlin 1994, 328 S., brosch., 98 DM.

Die neuere Geschichte Spaniens ist für die meisten Historiker im deutschsprachigen Raum ein unbeschriebenes Blatt. Abgesehen von einigen »Highlights« wie dem Spanischen Bürgerkrieg oder der postfranquistischen »Transition« gibt es kaum Themenbereiche, die ein breiteres Interesse unter Historikern und Sozialwissenschaftlern auch jenseits der kleinen Hispanistenzirkel gefunden hätten. Das gleiche gilt übrigens auch andersherum über die vor allem wegen sprachlicher Probleme fast nicht existenten Beziehungen zwischen spanischen Historikern/Sozialwissenschaftlern und der deutschen Geschichte. Das Zusammenwachsen Europas hat diesen kulturellen Graben des Desinteresses und der Unkenntnis noch nicht wesentlich schmälern können.

Das vorliegende Buch von Martin Baumeister ist daher ein Sonderfall, und das in dreierlei Hinsicht: Erstens gehört es zu den wenigen Werken deutscher Historiker, die einem Thema der spanischen Geschichte gewidmet sind. Zweitens gehört es zu den noch selteneren Fällen von Büchern zur spanischen Geschichte, die auf deutsch geschrieben sind, und drittens behandelt es ein Thema, das selbst innerhalb der spanischen Geschichtswissenschaft noch weitgehend Neuland ist. Wer nun aber meint, es handele sich um ein Buch für die auf Spanien spezialisierten Exoten, hat weit gefehlt, denn – soviel sei vorweggenommen – die Studie Baumeisters ist ein Paradebeispiel für die so komplizierte Fusion von sozialgeschichtlich geleiteter empirischer Detailfreude und generalisierender

1 *Werner Hofmann*, Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion, Berlin 1956, S. 256 ff.

2 Vgl. die wenig quellenkritisch präsentierten Angaben von *V. N. Zemskov* in den *Sociologičeskie Issledovanija* 1990, H. 10; *V. P. Danilov/S. A. Krasil'nikov*, *Specpereselency v Zapadnoj Sibiri*, Bd.1–2, Novosibirsk 1992/1993; vorläufig zusammenfassend *J. Arch Getty/Gábor T. Ritter-sporn/Viktor N. Zemskov*, *Victims of the Soviet Penal System in the Pre-War Years. A First Approach on the Basis of Archival Evidence*, in: *AHR* 98, 1993, S. 1017–1049.